

Wahlprüfbausteine für Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt: Grundlagen für Wahlempfehlungen des VDP Sachsen-Anhalt

Antwortende Parteien:

CDU, SPD, Linkspartei, PDS, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Fragenkomplex 1: Schulen in freier Trägerschaft

1. Bereichern aus der Sicht Ihrer Partei die Schulen in freier Trägerschaft die Schullandschaft Sachsen-Anhalts?

X ja **alle Parteien** nein keine Meinung

2. Wofür stehen aus der Sicht Ihrer Partei Schulen in freier Trägerschaft ganz besonders (Mehrfachnennungen möglich)?

keine Besonderheiten

- | | |
|--|---|
| X Flexibilität | CDU, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X Innovationsfreude | CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X neue pädagogische Konzepte | CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X hohe Kundenorientierung | CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X Leistungsprinzip auch für Lehrer | B'90/Grüne |
| X wichtige Standortfaktoren | CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X Entlastung öffentlicher Haushalte | B'90/Grüne |
| X Ganztagsbetreuung | SPD, B'90/Grüne |
| X individuelle Schülerbetreuung | CDU, SPD, Linkspartei, FDP, B'90/Grüne |
| X Kümmern um „Schulversager“ | B'90/Grüne |
| X Schaffung von Ausbildungsplätzen | CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne |
| X FDP: alternative pädagogische Konzepte zu staatlichen Schulen | |
| B'90/Grüne: bessere Schulkultur; gute Zusammenarbeit mit Eltern | |

3. Nach § 18a Abs. 2 des Schulgesetzes erhalten die finanzhilfeberechtigten Schulen in freier Trägerschaft 90 Prozent der vergleichbaren Personalkosten „öffentlicher“ (staatlicher) Schulen sowie hiervon pauschal nochmals 15 Prozent als Sachkostenzuschuss.

a.) Plant Ihre Partei diesbezüglich Änderungen in der nächsten Legislaturperiode?

X nein **alle Parteien** Absenkung der Finanzhilfe umProzent

X Aufstockung der Finanzhilfe, wenn dies nach dem nächsten Schülerkostenvergleich gemäß § 18g SchulG folgerichtig wäre (s. Frage 7)

B'90/Grüne

SPD: Ministerium sollte über die Ausgestaltung der festgesetzten 90 + 15 Prozent zunächst Konsens mit dem VDP herstellen.

b.) Die Berechnung der konkreten Finanzhilfe nach § 18a Abs. 2 des SchulG ergibt sich aus der Ersatzschul-VO. Sind aus Ihrer Sicht die Regelungen des § 18a Abs. 2 SchulG in § 9 Ersatzschul-VO vollständig umgesetzt?

X ja **CDU, FDP** X nein **B'90/Grüne** X muss überprüft werden **SPD, Linkspartei**

c.) Sollten als Ganztagschulen geführte Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Finanzhilfe erhalten, wie freie Schulen, die nicht als Ganztagschulen geführt sind?

X ja **FDP**

X nein, sie sollten einen „Bonus“ erhalten, wie die entsprechenden staatlichen Schulen auch (diese erhalten z. B. die Zuweisung einer höheren Lehrerwochenstundenzahl)

CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne

unentschlossen

4. Nach § 18 i. V. m. § 17 Abs. 1 des SchulG erhalten Schulen in freier Trägerschaft im Regelfall erst nach einem dreijährigen beanstandungsfreien Schulbetrieb Finanzhilfe.

a.) Plant Ihre Partei, an dieser Regelung eine Veränderung vorzunehmen?

X nein **CDU, SPD, Linkspartei, FDP**

X Verkürzung der Wartefrist **B'90/Grüne**

Verlängerung der Wartefrist

b.) Sollten die freien Schulträger nach erfolgreichem Ablauf der Wartefrist einen finanziellen Ausgleich erhalten, weil während dieses Zeitraums an ihrer Schule die gesetzlich fixierte Schulpflicht kostenlos für die öffentliche Hand erfüllt werden konnte?

X nein **Linkspartei**

X ja, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Erfahrungen in den Ländern Hessen und Hamburg **B'90/Grüne**

X noch unentschlossen **CDU, SPD, FDP**

5. Bewährte Schulträger haben nach § 18 Abs. 1 S. 3 SchulG einen Anspruch auf eine auf 75 Prozent reduzierte Finanzhilfe bereits nach einem beanstandungsfreien Jahr, wenn sie Träger einer anerkannten allgemein bildenden Ersatzschule derselben Schulform sind.

a.) Sollte aus Ihrer Sicht diese Regelung auch für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft verpflichtend gelten?

X ja **Linkspartei, B'90/Grüne**

X nein **FDP**

X noch unentschlossen **CDU, SPD**

b.) Sollte die Regelung darüber hinaus nur auf solche Träger beschränkt bleiben, die den Aufbau einer weiteren Ersatzschule derselben Schulform planen?

X ja **CDU, SPD, Linkspartei**

X nein, verpflichtende Regelung sollte auch für andere Schulformen (z. B. Gymnasium/Sekundarschule; Altenpfleger/Altenpflegerhelfer) gelten **FDP, B'90/Grüne**

c.) Sollten die Freien Waldorfschulen auch weiterhin von der o. g. verpflichtenden Regelung ausgenommen bleiben (nach § 18 Abs. S. 3 gilt im Vergleich zu allen anderen allgemein bildenden Schulen für Waldorfschulen nur eine „Kann“-Regelung)?

ja

X nein **SPD, FDP, Linkspartei, B'90/Grüne**

X noch unentschlossen **CDU**

6. Die finanzhilfeberechtigten Schulen in freier Trägerschaft erhalten jeweils die Finanzhilfe pro Schüler. Sollte diese Finanzhilfe gezahlt werden:

X für jeden Schüler unabhängig von den jeweiligen Klassengrößen **B'90/Grüne**

X für jeden Schüler einer Schulklasse maximal bis zu den vorgegebenen Klassenteilerzahlen pro Schulform **SPD, Linkspartei, FDP**

X für jeden Schüler einer Schulklasse einschränkend nach §18a Abs. 1 S. 2 SchulG? (Anmerkung: Dies führt z. B. dazu, dass eine Klasse einer staatlichen Grundschule von bis zu 28 Schülern besucht werden kann, während für freie Grundschulen im laufenden Schuljahr maximal 20 Schüler pro Klasse finanziert werden.) **CDU**

7. Nach § 18g SchulG ist die Landesregierung verpflichtet, einmal je Legislaturperiode einen Bericht vorzulegen, in dem – differenziert nach den einzelnen Schulformen – die im öffentlichen Schulwesen tatsächlich entstehenden Kosten den aufgrund der Regelungen des Schulgesetzes entsprechende Finanzhilfebeiträgen für Schulen in freier Trägerschaft gegenübergestellt sind. In der nunmehr ablaufenden Legislaturperiode wurde ein solcher Bericht erstmalig von der Landesregierung erstellt.

a.) Halten Sie diesen vorgelegten Bericht für vollständig und gesetzeskonform?

ja

nein

unentschlossen

B'90/Grüne

CDU, SPD, FDP

b.) Wer sollte diesen Bericht erarbeiten?

Kultus- bzw. Finanzministerium

CDU

Ministerium in Zusammenarbeit mit Privatschulverbänden

SPD, Linkspartei

unabhängige fachkundige Dritte (z. B. Steinbeis-Transferzentrum Heidenheim wie z. B. auch in Sachsen geplant)

FDP, B'90/Grüne

SPD: diese Variante nur bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten

8. Sollten aus Ihrer Sicht freie Schulen grundsätzlich an Schulversuchen teilnehmen oder diese initiieren dürfen?

nein

nur bereits staatlich anerkannte Ersatzschulen **CDU**

alle Ersatzschulen, Modellversuch könnte bereits Bestandteil des Genehmigungsantrages werden

SPD, Linkspartei, FDP, B'90/Grüne

9. Nach Art. 7 Abs. 5 GG können nicht konfessionell gebundene Grundschulen in freier Trägerschaft nur zugelassen werden, wenn die Unterrichtsverwaltung hierfür ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt. Sollte aus Ihrer Sicht die Genehmigung einer neuen freien Grundschule in Sachsen-Anhalt versagt werden:

wenn eine staatliche Grundschule das zur Genehmigung eingereichte pädagogische Konzept theoretisch ebenfalls umsetzen könnte, es bisher aber in ganz Sachsen-Anhalt keine staatliche Schule gibt, die derartig agiert?

wenn es im näheren Umkreis (z. B. von 20 bis 30 km) vom Standort der geplanten freien Grundschule aus keine staatliche Grundschule gibt, die das gleiche Konzept schon umsetzt?

CDU, B'90/Grüne

andere Alternative:

SPD: Gründung im Dialog mit Schulträgern und Verantwortlichen vor Ort;

FDP: keine Angaben;

Linkspartei: Prüfung, wie Art. 7 Abs. 5 GG auszulegen ist; Entwicklungen der letzten Jahre müssten beachtet werden; Prüfung, ob Konzept besonderes Interesse bietet

10. Für die Schulen in freier Trägerschaft gilt nach dem derzeitigen Schulgesetz und insbesondere nach der hierauf beruhenden Ersatzschul-VO ein sehr umfangreiches Genehmigungsverfahren für alle Lehrkräfte. Sollte hieran aus Ihrer Sicht nach der Wahl festgehalten werden?

X ja **FDP, SPD:** aber Prüfen, ob Entbürokratisierung möglich

X unbürokratische Anzeige der Lehrkräfte sollte immer genügen, da die Qualität der freien Schulen von ihren Kunden (Schüler und Eltern) auch an der Qualität ihrer Lehrkräfte gemessen wird

CDU, Linkspartei, B'90/Grüne

11. Dem VDP Sachsen-Anhalt ist bisher kein einziger Fall in unserem Bundesland bekannt, wo einer staatlich anerkannten Ergänzungsschule eine Finanzhilfe zugebilligt wurde, obwohl dies nach dem Schulgesetz (§18d) theoretisch möglich wäre. Wann sollte aus Ihrer Sicht eine derartige finanzielle Unterstützung gewährt werden (Mehrfachnennungen möglich)?

gar nicht

X in bundesgesetzlich geregelten medizinischen Berufen, die von staatlichen Schulen im Land nicht angeboten werden **SPD, B'90/Grüne**

X bei innovativen Berufsfeldern, deren Wichtigkeit beispielsweise vom Landwirtschaftsministerium bescheinigt wird **SPD, B'90/Grüne**

X noch unentschlossen **CDU, FDP**

Allgemeine Bemerkungen zum Fragenkomplex 1:

CDU: Für die Beantwortung der Fragen 4 b und 5 a wird die Haushaltslage maßgeblich entscheidend sein.

Linkspartei: Hinsichtlich der Finanzierung von Ersatzschulen verweist die Partei auf ihren jüngst vorgelegten Schulgesetzentwurf, in dem Regelungen berücksichtigt seien, die aus der Sicht der Partei besonders dringlich sind. Darüber hinausgehende Forderungen des VDP hält die Linkspartei zwar für legitim, aber derzeit wegen der Haushaltslage des Landes für nicht erfüllbar. Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht nach § 18 g wird von der Partei kritisch bewertet (da unvollständig), die Linkspartei sei sich aber auch bewusst, wie schwierig es sei, einen solchen Bericht zu erarbeiten. Die gesetzlichen Regelungen zur Genehmigung und Anzeige von Lehrkräften seien unbürokratisch genug, nur die Umsetzung in die Praxis sei es nicht. Bei den Ergänzungsschulen müsse die Finanzierung im Einzelfall überprüft werden.

B'90/Grüne: Die Partei wisse, dass die öffentlichen Kassen regelmäßig nur 50 bis 70 Prozent der Kosten für Schüler freier Schulen im Vergleich zu Schülern entsprechender staatlicher Ausbildungsgänge in Sachsen-Anhalt bezahlen. Die im Gesetz festgelegten 90 Prozent Personalkostenzuschuss müssten tatsächlich bereitgestellt werden, der jetzige Zustand sei gesetzeswidrig (z. B. ungenügende Berücksichtigung der Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst, Anpassung der Bezugsgröße des durchschnittlichen Lehreralters).

Fragenkomplex 2: Berufsausbildung

1. Welche Bedeutung messen Sie den sog. vollzeitschulischen Berufsausbildungen mit Praktikumsanteilen bei, die in Berufsfachschulen vermittelt werden?

X eher große Bedeutung **alle Parteien** eher kleine Bedeutung unentschlossen

2. Nach den derzeitigen Regelungen in der Verordnung zu den berufsbildenden Schulen (BbS-VO) ist vorgesehen, dass verschiedene Berufsfachschulrichtungen (wie z. B. Kosmetik oder Medizinische Dokumentationsassistenten) nicht mehr fortgeführt werden sollen. Der Beginn des Auslaufens dieser Berufsfachschulen (letztmalige Aufnahmemöglichkeit neuer Schüler) kann erstmalig zum Beginn des Schuljahres 2006/07 festgelegt werden. Wie sollte aus Ihrer Sicht mit dieser Regelung umgegangen werden?

X Auslaufen sollte zum frühest möglichen Zeitraum beginnen **FDP**

X vor der Entscheidung über den Auslaufbeginn sollte jeweils gründlich die aktuelle Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt sondiert werden
CDU, SPD, FDP, B'90/Grüne

bereits bestehende Berufsfachschulen sollten Bestandsschutz erhalten

X Regelung über Auslaufen sollte rückgängig gemacht werden, da der europäische Bologna-Prozess und das deutsche Berufsbildungsgesetz eine weitere Aufwertung der Berufsfachschulausbildungen vorsehen **Linkspartei**

3. Das modifizierte Berufsbildungsgesetz sieht eine Aufwertung der berufsfachschulischen Ausbildung vor. Hierzu können die Länder jeweils innerhalb eines befristeten Zeitraumes entscheiden, ob die Absolventen von vorher festgelegten Berufsfachschularten auf Wunsch auch zu Prüfungen der zuständigen IHK zugelassen werden oder ob die Berufsfachschulzeit auf eine entsprechende zusätzliche duale Ausbildung adäquat angerechnet werden kann.

Wie sollte sich hier das Land Sachsen-Anhalt verhalten?

X das Land sollte von seinen nach dem Berufsbildungsgesetz eingeräumten Möglichkeiten dringend Gebrauch machen, um die Funktionalität der Regelungen innerhalb des befristeten Zeitraumes überhaupt überprüfen zu können
CDU, SPD, Linkspartei, FDP

X es sollten zunächst einige Modellversuche auch unter Beteiligung freier Träger zugelassen werden **B'90/Grüne**

es besteht diesbezüglich kein Handlungsdruck

noch unentschlossen

Allgemeine Bemerkungen zum Fragenkomplex 2:

FDP: Vollzeitschulische Bildungsgänge haben derzeit wegen der Ausbildungssituation eine große Bedeutung, die FDP favorisiere aber immer die duale Ausbildung in den Betrieben.

B'90/Grüne: Vollzeitschulische Berufsausbildungen seien wichtige Ergänzungen des dualen Systems und werden wohl künftig an Bedeutung eher noch weiter gewinnen. Wegen der zu erwartenden Halbierungen der Berufsschülerzahlen in Sachsen-Anhalt müsse aber überprüft werden, welche Ausbildungsberufe am Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Fragenkomplex 3: Finanzierung lebenslangen Lernens, Förderung beruflicher Fort- und Weiterbildung

1. Wie kann aus Ihrer Sicht am effizientesten dem drohenden Facharbeitermangel auch in Sachsen-Anhalt entgegenwirkt werden?

X aktive Förderung von Weiterbildung und Umschulung von Arbeitslosen bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohten

CDU, SPD, Linkspartei, Grüne

X Ausbildungsplatzabgabe **Linkspartei** Neue Green-Card-Regelung

X Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen bei der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften

alle Parteien

2. Welches Arbeitsmarktinstrument halten Sie grundsätzlich für am besten geeignet, um Arbeitslosigkeit zu überwinden?

ABM

1- €-Job (Arbeitsgelegenheit)

PSA

Ich-AG

X Weiterbildung, Umschulung

CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne

X keines, sondern

FDP: Investitionen für wirtschaftliches Wachstum, aber 2. Arbeitsmarkt notwendig; **SPD:** Kombinationen aller genannten Möglichkeiten; **CDU:** zusätzlich: novellierte Existenzgründerförderungsinstrumente und Öffnung des Niedriglohnbereichs

3. Wer sollte aus Ihrer Sicht für die Finanzierung von beruflicher Weiterbildung von Arbeitslosen künftig zuständig sein?

X Bundesagentur für Arbeit **CDU, SPD, Linkspartei, B'90/Grüne**

X Landkreise, Kommunen **CDU:** im SGB II-Bereich

Bundesbildungsministerium

X Länder **CDU:** bei speziellen Aufgaben, die ansonsten nicht abgedeckt sind

X Unternehmen **CDU**

Arbeitslose selbst

X andere Variante, nämlich **FDP: Mix aus Verantwortlichkeiten;**

SPD und B'90/Grüne auch für Kombinationen

4. Welche Bedeutung messen Sie dem sogenannten lebenslangen Lernen bei?

X große Bedeutung **CDU, SPD, Linkspartei, B90/Grüne**

X eher wichtige Bedeutung **FDP**

eher unwichtige Bedeutung

keine Bedeutung

5. Wie sollte aus Ihrer Sicht dieses lebenslange Lernen finanziert und attraktiver gemacht werden? Welchen Beitrag sollte hierzu die künftige Landesregierung leisten?

CDU: Hierüber muss im Rahmen anstehender Haushaltsberatungen nachgedacht werden.

SPD: verlässliche Rahmenbedingungen für anerkannte Einrichtungen der Erwachsenenbildung durch verlässliche Fortführung der bisherigen Landesförderung

Linkspartei: Da das lebensbegleitende Lernen eine Vielzahl von Lernformen enthält, könne nicht eine einzige Finanzierungsform vorgeschlagen werden. Eine stabile öffentliche Finanzierung müsse gewährleistet werden. Wissen und Bildung sollten keine marktwirtschaftlichen Prinzipien untergeordnet werden. Auch die Wirtschaft trage hohe Verantwortung für die Bildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiter, einschließlich ihrer Auszubildenden. Eine Kostenentlastung für die Schülerbeförderung muss auch bis zum 12. bzw. 13. Schuljahr sowie für den Besuch von Schulen in freier Trägerschaft möglich sein.

Hinsichtlich des Bildungsfreistellungsrechts solle eine Erweiterung überprüft werden, die Förderung der Erwachsenenbildung müsse stabil bleiben. Projekte und Netzwerke wie „Lernende Regionen“ sollten gefördert und ausgebaut werden.

FDP: Landesregierung sollte Möglichkeiten aus EU-Programmen nutzen, die Familienbildung unterstützen sowie die Fort- und Weiterbildung der Landesbediensteten sichern.

B'90/Grüne: Die Bildungsfinanzierung sollte grundlegend reformiert werden. Für die vielfältigen Lernsituationen und –biografien wäre ein differenziertes Finanzierungssystem sachdienlich (Bildungskonten). Das Land könnte die Finanzierung von Bildungsgutscheinen übernehmen.

6. Wofür sollten aus Ihrer Sicht die dem Land in der kommenden Förderperiode (ab 2007) zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) genutzt werden (Mehrfachnennungen möglich)?

X Existenzgründermaßnahmen **CDU, SPD, Linkspartei, FDP**

X Förderung ausgewählter Personengruppen (z. B. Jugendliche, Frauen, Berufsrückkehrer) durch berufliche Weiterbildung bzw. Betreuung und Unterstützung bei Arbeitsplatzsuche **alle Parteien**

X innovative Projekte zur Bekämpfung der Abwanderung von Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt **alle Parteien**

X innovative Projekte zur Bekämpfung des Facharbeitermangels **alle Parteien**

X sonstiges, nämlich

CDU: Fortsetzung des Projektes „Aktiv zur Rente“

FDP: Freiwilligendienste

Allgemeine Bemerkungen zum Fragenkomplex 3:

Linkspartei: Es sei besonders ein höheres Niveau der allgemeinen und beruflichen Ausbildung erforderlich, um den künftigen gesellschaftlichen Voraussetzungen entsprechen zu können. Jedem Jugendlichen müsse ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden, daher sei die Partei auch für die Ausbildungsplatzabgabe. Die Partei plädiert für die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Weiterbildung und Umschulung sei das wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument, aber auch die anderen Arbeitsmarktinstrumente hätten ihre Berechtigung (Ausnahme: „1-€-Jobs“). Bei der ESF-Förderung müssten Bildung, Innovation und sozialer Ausgleich die Schwerpunkte bilden.

B'90/Grüne: Steigende Bildungsetats von Bundesländern und Gemeinden seien notwendig. Alle Bürger/Bürgerinnen müsste durch geeignete finanzielle Anreize in die Lage versetzt werden, sich angemessen an den Weiterbildungskosten beteiligen zu können (neues Finanzierungssystem aus Bildungskonten und –sparen). Die Länder sollten hier mehr entwickeln und erproben.

Magdeburg, 21.03.06

Auswertung durch:

Jürgen Banse

Jürgen Banse

Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt